

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geriichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 260

Montag, den 7. November 1927

101. Jahrgang

Der Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten

Das Memorandum Gilberts

II. Berlin, 7. Nov. In seinem Memorandum vom 20. Oktober teilt der Generalagent für Reparationszahlungen der Regierung zunächst mit, daß die letzten Entwicklungen auf dem Gebiete des öffentlichen Finanzwesens weder im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, noch in dem der Durchführung des Sachverständigenplanes zu liegen schienen. Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gebe dem Wirtschaftsleben bereits jetzt einen künstlichen Antrieb und drohe die wesentliche Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben. Wenn man die derzeitigen Tendenzen ungehemmt fortgewähren lasse, so sei es so gut wie sicher, daß die Folgen in einem ernsthaften wirtschaftlichen Rückschlag und einer Erschütterung des deutschen Kredits im In- und Auslande bestehen würden. Abhilfe könne nur geschaffen werden, wenn man die gegenwärtigen Tendenzen in ihr Gegenteil verkehre, d. h. statt dessen ein Regime strikter Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen zur Anwendung bringe.

Der Reparationsagent geht sodann dazu über, die Finanzpolitik des Reiches im einzelnen zu kritisieren. Er führt für seine Kritik besonders den Nachtragsetat für 1926 an, der den Etat 1926/27 um 1000 Millionen vergrößert habe und sodann die Rede des Finanzministers vom Februar 1927, in der dieser einerseits auf die Gefahren der Lage hingewiesen, andererseits aber auch eine weitere Erhöhung der Ausgaben angekündigt habe. Trotz der vom Minister betonten Notwendigkeit, zu sparen, habe man den Etat für 1927/28 vor der Verabschiedung im April 1927 um 800 Millionen erhöht. Sowohl der Etat von 1926/27 wie 1927/28 hätten einen Ueberschuß der laufenden Ausgaben über die laufenden Einnahmen ausgewiesen.

Weiter kritisiert der Reparationsagent die im Finanzausgleich getroffene Regelung. Die Länder und Gemeinden erhielten zurzeit vom Reich größere Zahlungen als je zuvor. Gleichzeitig schiene die Verantwortung für die Steuererhebung einerseits und für die hohen Ausgaben andererseits immer unklarer zu werden. Hierauf geht der Reparationsagent zu einer eingehenden Kritik der Besoldungsreform über. Die Gesamtkosten für die Reform würden auf 1200 bis 1500 Millionen Reichsmark geschätzt. Angesichts dessen betonten die Länder schon jetzt nachdrücklich, daß erhöhte Einnahmeüberweisungen von Seiten des Reiches erforderlich würden, während das Reich selbst der Auffassung sei, daß es die Kosten der Gehaltserhöhung nur dann tragen könne, wenn sich seine Hoffnungen auf Steigerung des Steuereinkommens verwirklichen würden. Das sei bemerkenswert, weil die Gehaltserhöhungen in einer Form erfolgten, bei der die höchste Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, daß sie für die allgemeine Wirtschaft im Reich ernsthafte Folgeerscheinungen zeitigen würden. Auch die vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich der Liquidationsgeschädigten und des Reichsschulgesetzes schienen neue große Ausgaben mit sich zu bringen. Das Liquidationsgeschädigtengesetz schiene Ausgaben in Höhe von 1000 Millionen mit sich zu bringen. Was das neue Schulgesetz betrifft, so schiene man sich um seine finanziellen Auswirkungen bisher wenig gekümmert zu haben.

Es bleibe der deutschen Regierung unbenommen, ihren eigenen Staatshaushalt aufzustellen. Gerade diese Freiheit schließe aber eine entsprechende Verantwortlichkeit der Regierung für die natürlichen und wahrscheinlichen Auswirkungen ihrer Handlungen ein. Diese Folgeerscheinungen beständen seiner Ansicht nach in folgendem:

1. Das Reich gefährde die Stabilität seines Etats, da es die gebotene Zurückhaltung bei seinen Ausgaben nicht beachte und zwar des Etats, dessen Aufstellung und Erhaltung den Eckstein des Sachverständigenplanes für den Wiederaufbau bilde. Im Augenblick habe sich die Lage dank wachsender Einkünfte und abnehmender Arbeitslosigkeit zwar etwas gebessert, aber jeder Rückschlag würde die Einkünfte des Reiches schmälern und seine Verbindlichkeiten für die Arbeitslosenunterstützung steigern. Es scheine ihm daher nicht der richtige Augenblick dafür zu sein, dem Etat neue ständige Ausgaben aufzubürden.

2. Dem Reich falle es angesichts der Steigerung seiner eigenen Ausgaben schwer, die Länder und Kommunen zu einer Ordnung ihres Etats zu bewegen. Bereits jetzt forderten die Länder die Wiederaufröhlung des Problems des Finanzausgleichs, während die Herabsetzung von staatlichen und kommunalen Grundvermögenssteuern unterbleibe, was

als Vorbedingung für den Finanzausgleich seinerzeit vorgeesehen worden ist.

3. Das Ergebnis sei ein allgemeines Fehlen tatsächlicher Kontrolle über öffentliche Gelbtausgaben und öffentliche Anleihen. Das Geld, das für die Fortentwicklung der deutschen Landwirtschaft und Industrie benötigt werde, werde von einer Reihe öffentlicher Ausgaben verschlungen.

4. In noch umfassenderem Maße hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das Wirtschaftsleben neigten die vom Reich und anderen öffentlichen Organen ergriffenen Maßnahmen energisch in der Richtung gesteigerter Produktionskosten, gesteigerter Preise und gesteigerter Kosten der Lebenshaltung. Das Ergebnis bestehe darin, daß die günstige Wirkung des Rationalisierungsprozesses in der Wirtschaft zunichte gemacht würde. Wenn die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Gehaltserhöhungen zu Forderungen nach ähnlichen Erhöhungen im allgemeinen Wirtschaftsleben und andererseits erhöhten Eisenbahntarifen führen sollten, würde die Tendenz zu höheren Preisen weiter verstärkt werden. Allen diesen Entwicklungen wohne offenbar die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und dergestalt die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft zu einem Wettbewerb um möglichst hohe Exporte zu verringern.

Der Reparationsagent betonte sodann, daß die Auswirkungen der Finanzpolitik des Reiches jedoch auch im Zusammenhang mit der Finanzpolitik der Länder und Gemeinden und mit der Währungs- und Kreditpolitik der Reichsbank betrachtet werden müßten. Ueber die Finanzlage der Länder und Gemeinden lägen keine laufenden Angaben vor, doch ließen ihre Forderungen auf zusätzliche Bewilligungen von Seiten des Reiches und ihre häufigen Kreditaufnahmen im In- und Auslande erkennen, daß sie als Ganzes genommen über ihre Mittel lebten.

Zusammenfassend kommt Parker Gilbert zu dem Schluss, daß man, wenn man den sich häufenden Zeugnissen für übermäßiges Gelbtausgeben, übertriebene Kreditaufnahme seitens der deutschen öffentlichen Organe, den Anzeichen für künstlichen Antrieb, gestatte, sich auszuwirken, es sicher sei, daß es zu empfindlichen wirtschaftlichen Rückschlägen komme, und daß der Eindruck verstärkt werde, daß Deutschland nicht mit genügender Rücksicht auf seine Reparationsverpflichtungen handele. Der Reparationsagent sagt zum Schluss, auf der Reichsregierung müsse die Verantwortung für die Handlungen ruhen bleiben, welche durch übermäßigen Ansporn der Einfuhr und durch Behinderung der Ausfuhr darauf hinausgehen, die Transferrmöglichkeiten zu beschränken.

Die deutsche Antwort

II. Berlin, 7. Nov. Die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum des Reparationsagenten ist Samstag mittag Parker Gilbert überreicht worden. Sie stimmt in verschiedenen Punkten mit den Ansichten des Reparationsagenten überein, betont jedoch, daß die Reichsregierung die Wirtschafts- und finanzpolitische Lage Deutschlands optimistisch beurteile, als der Reparationsagent.

Die Reichsregierung erklärt, daß sie entschiedene Maßnahmen auf handelspolitischem, wirtschaftspolitischem und finanzpolitischem Gebiet ergreifen werde, um die deutsche Staats- und Volkswirtschaft zu normalen Verhältnissen zurückzuführen. Besonders wichtig ist die Ankündigung der Reichsregierung, besondere Einschränkungen im außerordentlichen Etat vorzunehmen. Sie wird daher dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreiten, wonach sie von den in früheren Etats der Reichsregierung vom Reichstage gegebenen Ausgabeermächtigungen keinen Gebrauch macht, sondern die Anleiheermächtigung in Höhe von 1 Milliarde Mark auf einen längeren Zeitraum verteilen wird. Die Reichsregierung wird ferner in nächster Zeit den Anleihenmarkt nicht in Anspruch nehmen. Die Reichsregierung hat bereits deswegen mit den Parteien Fühlung genommen und hofft auf die Zustimmung des Parlaments.

(Den Wortlaut des Schreibens der Reichsregierung werden wir in der morgigen Ausgabe veröffentlichen.)

Einigung der Regierungsparteien zur Besoldungsreform

II. Stettin, 7. Nov. In einer von dem hiesigen Gauverband der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Beamtenversammlung teilte Reichstagsabg. Morath mit, daß es zwischen den Regierungsparteien am Freitag hinsichtlich der zur Beamtenbesoldungsreform zu stellenden An-

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat den Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten veröffentlicht.

Nach amtlicher Mitteilung ist Volschaftsrat v. Brittwitz zum Volschaster in Washington ernannt worden.

Ministerialdirektor Poffe, der erfolgreiche Leiter der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich ist mit der Leitung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen betraut worden.

Innerhalb der Regierungsparteien ist eine Einigung über die Besoldungsvorlage zustande gekommen.

Die Gemeindevahlen im Freistaat Oldenburg haben mehrfach sozialdemokratische Wahlsiege mit sich gebracht.

Briand wird am Mittwoch in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht über die außenpolitische Lage geben.

In Amerika (New-England) hat eine Hochwasserkatastrophe 235 Menschenleben gefordert.

träge zu einer Einigung gekommen sei. In der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse werde man u. a. fordern, daß diese an alle ledigen Beamten über 45 Jahre in voller Höhe gezahlt werden. Bezüglich der unehelichen Kinder werde man für Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintreten. Man werde ferner beantragen, daß in das Gesetz eine Bestimmung eingefügt wird, die die Einbeziehung der Bezüge aller Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in etwas günstigere Besoldungserhöhungen garantiere.

Ueber die tatsächliche Erhöhung der Einkommen äußerte sich der Redner dahin gehend, daß man übertriebene Forderungen angesichts der Finanzlage des Reiches nicht stellen dürfe.

Die Wirtschaftspartei fordert Verwaltungsreform

II. Berlin, 7. Okt. Im Plenarsaal sowie in drei weiteren überfüllten Sälen des Herrenhauses veranstalteten drei Berliner Wahlkreise der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes („Wirtschaftspartei“) am Sonntag nachmittag vier große Mittelstandskundgebungen, in denen als Hauptreferent Reichstagsabgeordneter Mollath über das Thema „Darf Deutschlands Mittelstand vernichtet werden?“ sprach. Das Bestreben der Wirtschaftspartei, so führte der Redner aus, sei es, den Mittelstand zu der großen politischen Mitte zusammenzuschließen. Er übte dann scharfe Kritik an der öffentlichen Ausgabenwirtschaft, die geradezu provozierend wirke angesichts der starken Steuerbelastung, die das Volk und in der Hauptsache der gewerbliche Mittelstand zu tragen hätten. Die ständige Erhöhung der Etats sei nur möglich auf Kosten des Mittelstandes, der auf diese Weise indirekt enteignet werde. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die übrigen Redner. Eine Entschließung fand einstimmig Annahme, in der die Partei ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der Besoldungsreform ernsthaft mitzuarbeiten. Die Zustimmung zur Besoldungsreform für den Fall, daß Defizit ohne steuerliche Erhöhung nicht nachgewiesen wird, wird jedoch von folgenden Forderungen abhängig gemacht: 1. Rückichtsloses Durchgreifen zur Herbeiführung einer Verwaltungsreform zwecks Vereinfachung der Verwaltung und Einschränkung der Ausgaben durch Abstriche am Staatshaushalt und zwar für 1928 um 10 Prozent gegen 1927. 2. Entlastung der Wirtschaft vom Steuerdruck durch Zuschläge auf die Einkommensteuer. 3. Verbot der Beamtenwirtschaftsbetriebe und Beamtenkonsumgenossenschaften.

Frankreichs Marinerüstungen

II. Paris, 7. Nov. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht über das Budget des Marineministeriums verlangt die Regierung für das laufende Finanzjahr Kredite in Höhe von 2252 Millionen, von denen 1563,367 Millionen Franken für neue Kriegsschiffe vorgesehen sind. Das Journal des Debats schreibt in diesem Zusammenhang: „Felschen wir nicht um die nötigen geldlichen Opfer, besonders nicht nach dem Mißerfolg der Seeabrüstungskonferenz und angesichts der Pläne unserer Nachbarn am Mittelmeer.“

Nach dem Abschluß der Regierungsbildung.

Kundgebung der Bayerischen Volkspartei.

München, 2. Febr. Die Bayerische Volkspartei veranstaltete im Maltheser-Jaarl eine Kundgebung, zu der u. a. mehrere Minister erschienen waren. Abg. Prälat Wohlmut erklärte zunächst, die Bayerische Volkspartei werde weder sich noch ihrem Ministerpräsidenten das Recht absprechen lassen, in Fragen der Außenpolitik mitzureden. Ueber die Regierungsbildung und ihre Bedeutung für Bayern bemerkte der Redner, es sei ein erfreulicher Fortschritt, daß heute eine Zurückkehrung staatsstreuer Elemente nicht mehr möglich sei. Der Unitarismus veruneinige, anstatt die Länder einander näher zu bringen. Deutschland werde solange nicht einig werden, bis das Reich nicht seine störende Hand von den einzelnen Ländern zurückziehe. Es sei erfreulich, daß die Deutschnationalen endlich zur Einsicht gekommen seien. Die Lösung im Reich habe vielleicht auch für Bayern Gutes gebracht. Die Deutschnationalen würden es jetzt der Bayerischen Volkspartei überlassen müssen, ihre Beziehungen zum Zentrum nach ihrem Willen zu gestalten. Die republikanische Einstellung des Zentrums könne in Zukunft kein Hindernis für die Annäherung der beiden Parteien bilden, da ja auch die Deutschnationalen keinen Anstoß an der republikanischen Gesinnung des Zentrums genommen hätten. Der Redner behandelte dann die Frage des Finanzausgleichs und forderte, daß dem provisorischen Ausgleich bald ein endgültiger folge, der nur eine Aufgabe des Ausgleichs überhaupt bringen könne. Sicher sei, daß das Reich auf den Finanzausgleich verzichten könne, ohne das Geringste einzubüßen. Die Frage der Staatsrerfassung bezeichnete der Redner als ein Problem der Zukunft. Reichstagsabg. Rauch ergänzte die Ausführungen des Vorredners, wobei er hinsichtlich der Außenpolitik hervorhob, Locarno sei die Vorbedingung für eine erfolgreiche Außenpolitik gewesen. Der Redner würdigte dann besonders die Bemühungen des Reichsstaatzers Marx um das Zustandekommen des Kabinetts. Seine Persönlichkeit und die des Außenministers garantierten Deutschland und dem Auslande die Stetigkeit der bisherigen außenpolitischen Linie. Eine Entschließung sudetendeutscher Führer.

Eine Entschließung sudetendeutscher Führer.

Berlin, 2. Febr. In den letzten Tagen fand in Berlin eine Beratung führender Männer der Sudetendeutschen Auslandsbewegung statt, die zur gegenwärtigen Lage in der Tschchoslowakei mit folgenden Worten Stellung nahmen: „Durch den Zwang der Friedensverträge von St. Germain wurden dreieinhalb Millionen Deutsche des geschlossenen deutschen Volksgbietes im mittleren Europa abgetrennt und in den neuen tschchoslowakischen Staat eingeschlossen. Nie und nirgends haben sich diese Millionen Deutschen für die Tschchoslowakei erklärt, die von den sieben Millionen Tschechen durch Unterstützung Frankreichs ins Leben gerufen wurde. Ohne Rücksicht auf die andere Hälfte der Staatsbevölkerung, die aus Deutschen, Slowaken, Magyaren, Ukrainern und Polen besteht, versuchte bisher der tschchoslowakische Zentralismus von Prag den Völkstaat mit allen staatlichen Maßnahmen, Ausnahmsgesetzen und willkürlicher Bevorzugung der eigenen Interessen in einen rein tschchoslowakischen Nationalstaat zu verwandeln.

Gegen ihre politische, nationale und kulturelle Unterdrückung haben sich gleich den anderen eingeschlossenen Völkerteilen die Sudetendeutschen in der Tschchoslowakei entschieden zur Wehr gesetzt und führen den harten Kampf um die Selbstbehauptung gegen den feindlichen Staat. Daran wird auch die Tatsache nichts ändern, daß von einem Teile der deutschen Parteien des Prager Parlaments zwei deutsche Minister in die tschchoslowakische Regierung entsendet wurden, wo sie die Wahrnehmung der deutschen Volksinteressen zu versuchen hätten.

Wir Sudetendeutschen stellen aus diesem Anlaß fest, daß sich das herrschende tschchoslowakische Volk in seiner deutschfeindlichen imperialistischen Einstellung nicht geändert hat, auf seinen Vorrechten im Staate besteht und bisher nur den zwei Millionen stammverwandter Slowaken eine Art Selbstverwaltung eingeräumt hat, die es den dreieinhalb Millionen Deutschen bis nun verweigert. Die Sudetendeutschen führen deshalb den geschichtlichen Kampf um das Selbstbestimmungsrecht, den Schutz ihrer Kultur und Wirtschaft und die wirkliche Sicherung ihrer Zukunft. Der mit allen Mitteln arbeitenden tschchoslowakischen Auslandspropaganda, die von tschchoslowakischer Demokratie, staatsbürgerlicher Gleichheit, friedfertiger Gesinnung und wirtschaftlicher Wohlfahrt spricht, setzen wir die Wahrheit der plannmäßigen Unterdrückung und Ausbeutung der Deutschen in diesem Staate entgegen. Es gibt keinen größeren Gefahrenherd für den Frieden als die Verzweiflung rechtloser und unterdrückter Völker.

Von einer bereits erfolgten deutschtschchoslowakischen Verständigung oder einer geschichtlich gewordenen Lebensgemeinschaft der Deutschen und Tschechen in den Sudetenländern kann keine Rede sein. Ueber ein Jahrtausend waren Böhmen, Mähren und Schlesien Teile des alten Deutschen Reiches, die Sudetendeutschen hier reines unvermisches bayerisches, fränkisches sächsisches und schlesisches Volkstum in geschlossener Siedlung. Wir bleiben trotz willkürlich gezogener Staatsgrenzen ewig ein untrennbarer Teil des großen deutschen Volkes.“

Englands Vorgehen in China.

Chamberlain über die Lage in China.

Berlin, 2. Febr. Wie die Morgenblätter aus London melden, sprach Chamberlain gelegentlich eines Festessens der Zweekervereinigung in Birmingham über die chinesische Krise. Er sagte u. a., es sei Anstun von einem englischen Imperialismus zu sprechen; mehr denn je sei England heute im fernen Osten ein Krämervolk. England sei sich bewußt, daß die chinesischen Verträge veraltet seien. Es wünscht mit einer festen Regierung zu verhandeln, aber heute gebe es in China keine solche Regierung. Vor zwei Tagen hätten die Vertreter der englischen Regierung sich den Chinesen gegenüber bereit erklärt, die chinesischen Gerichtshöfe anzuerkennen. Desgleichen hätten sich die Vertreter Englands bereit erklärt, bei den Gerichtsverhandlungen das chinesische Zivil- und Handelsrecht in Anwendung bringen zu lassen. Was die Besteuerung betreffe, so sei England bereit, die chinesischen Steuergesetze anzuerkennen, vorausgesetzt, daß diese nicht unfair gegenüber Fremden seien. England sei ferner bereit, die allgemeine Verwaltung den Chinesen zu übergeben und sich nur einige Kontrollbefugnisse in Municipalangelegenheiten vorzubehalten. Man habe oft davon reden gehört, England werde die Kantonregierung anerkennen, aber England könne diese Regierung nicht als Vertretung ganz Chinas hinnehmen. Die Kantonregierung beherrsche nicht mehr als ein Drittel des chinesischen Landes und seiner Bevölkerung.

Schanghai kann nicht geräumt werden, wie Hankau geräumt wurde. Es wäre eine Pflichtverletzung, wenn die Regierung die englische Gemeinde in Schanghai ohne angemessenen Schutz lassen würde. Deshalb habe die Regierung beschlossen, Truppen nach Schanghai zu schicken.

Eine chinesische Protestnote an England.

London, 2. Febr. Die Peking Regierung legt in einer Protestnote an England die schärfste Verwahrung gegen die Entsendung von Truppen, Schlachtschiffen, Tanks und Flugzeugen nach Schanghai ein. Die Note betont, daß England damit den Artikel 10 des Völkerbundsvertrages und den Washingtoner Vertrag von 1922 verletz habe. In englischen Kreisen, in denen mit der Annahme der neuen britischen Vorschläge seitens Peking und Kanton bereits gerechnet wurde, befürchtet man jetzt eine erneute Verschleppung der chinesisch-britischen Verhandlungen.

Das Konsularkorps in Schanghai gegen die englischen Truppenlandungen.

London, 2. Febr. Zeitungsmeldungen zufolge hat das Konsularkorps in Schanghai es abgelehnt, den britischen Truppen das Betreten der internationalen Niederlassung zu gestatten. Die zwei indischen Bataillone, die ber. its auf dem Rennplatz ihr Quartier aufgeschlagen hatten, sind aufgefordert worden, nach einem anderen Standort abzumarschieren. Eine formelle Erklärung des Konsularkorps wird für heute erwartet. Die ausländischen Konsuln sind der Meinung, daß die Situation die Anwesenheit von Truppen nicht erfordere.

250 amerikanische und englische Staatsbürger in China ermordet?

New York, 2. Febr. Nach einer Mitteilung des Marine-Departements werden 250 im Innern Chinas wohnende amerikanische und englische Staatsbürger vermißt. Man nimmt an, daß sie ermordet worden sind.

Piraten-Überfall auf einen britischen Dampfer in China.

Der britische 6000-Tonnen-Dampfer „Seang Bee“ wurde auf dem Wege nach Hongkong von chinesischen Piraten überfallen und nach der Blas-Bay geschleppt, wo das Schiff ausgeplündert wurde. Der Wert der geraubten Sachen wird auf 40 000 megalanische Dollar geschätzt.

Kleine politische Nachrichten.

Wirth gegen die neue Regierung. Der ehemalige Reichstagsabg. Dr. Wirth gibt auf der Berl. Tagesblatt auf die Frage, wie er sich zu der neuen Regierung stelle, folgende Antwort: Ich stehe der Regierung fremd und ablehnend gegenüber. Ihre Zusammensetzung, besonders auf den Posten, die die Republik schützen sollen, veranlaßt mich als entschiedenen Republikaner, bezüglich der Vertrauensfrage mit einem starken Nein zu antworten.

Silbenbrand scheidet aus dem Reichsrat aus. Der ehemalige württembergische Gesandte, Reichstagsabgeordneter K. Silbenbrand, wird demnächst aus dem Reichsrat ausscheiden, dem er zuerst als württ. Vertreter, nach seinem Ausscheiden aus dem württ. Staatsdienst als Vertreter von Lippe-Dehmold angehört hat. Im Freistaat Lippe ist es zur großen Koalition gekommen. Die Deutsche Volkspartei hat dabei die Bedingung gestellt, daß aus ihren Reihen der Vertreter Lippes im Reichsrat gestellt werde, was von den übrigen Koalitionsparteien zugestanden worden ist.

Der Blitzmajor

HUMORISTISCHER ROMAN VON FREIHERR VON SCHLICHT
URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERBAU

(64. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Bestelle dem gnädigen Fräulein, daß ich mich herzlich und aufrichtig deines Glückes freute und daß ich dir wünsche, es möchte anhalten bis an dein Lebensende.“ — Und nach kurzem Besinnen legte er hinzu: „Sonst wüßte ich wirklich nicht, was ich dem gnädigen Fräulein darüber sagen lassen sollte.“

„Das ist ja auch mehr als genug und ich danke dir für deinen freundlichen Glückwunsch.“ meinte Platon, der in seinem Glück vollständig vergaß, daß er in früheren Tagen, als er noch Lutti liebte, in Ziegelbach, schon weil dieser kein Monopol linksseitig trug, einen Konkurrenten zu sehen glaubte und der Luttis Frage, die er da eben übermitteln hatte, ebenowenig begriff, wie Ziegelbach es tat, als er gleich darauf allein war und nun nochmals in aller Ruhe über alles nachdachte.

Auf zwei Fragen fand er keine Antwort. Warum hatte Lutti es gewünscht, daß Platon ihm sofort seine Verlobung mitteilte und warum interessierte es sie so, zu erfahren, was er zu dieser Verlobung sagte? Bis er dann schließlich, anstatt weiter darüber nachzugrübeln, fortwährend stillvergnügt vor sich hin dachte, als er jetzt daran dachte, wie Lutti den guten Platon als Bewerber losgeworden war. Er dachte auch schon deshalb, weil er mit einermol seine gute Laune wiedergefunden hatte. So mißmutig er noch vor ein paar Stunden gewesen war, so vergnügt war er jetzt. Die Lutti war noch nicht verlobt, da hatten ihn heute wenigstens nicht alle guten Geister verlassen. Das stimmte ihn immer lustiger und übermütiger, daß ihn die Lust anwandte, wieder einmal zu lügen. Heute wäre er dazu in der richtigen Stimmung gewesen, einmal wieder nach Herzenslust zu bummeln und über die Stränge zu schlagen. Wo aber bot sich ihm hier Gelegenheit, seine schlechte Absicht auszuführen? Und die Kameraden aufzusuchen und sich in deren Gesellschaft mehr oder weniger zu betrinken, dazu verspürte er keine Neigung.

Und doch lehnte er sich wenigstens nach einem Menschen, mit dem er bei einem Glase Sekt Platons Verlobung feiern könne, richtiger gesagt, die Tatsache, daß Lutti sich nicht mit ihm verlobte.

Aber woher sollte er diesen Menschen bekommen? Er konnte doch unmöglich Herrn Schlepvoigt einladen, das ver-

oot, von allem andern ganz abgesehen, schon die Disziplin und die Subordination. Nein, den würde er ganz gewiß nicht zu sich bitten, aber da stand der plötzlich ungerufen im Zimmer, um zu melden, daß ein Herr draußen wäre, der trotz der späten Abendstunde den Herrn Leutnant noch dringend zu sprechen wünsche. Es sei aber eigentlich gar kein rechter Herr, eher ein besserer Mann, der seinen Namen nicht nennen wolle.

Vielleicht ist es ein armer Teufel, der dich anpumpen will, dachte Ziegelbach. Wer es auch immer sei, der sollte sich heute nicht umsonst an ihn gewandt haben. So gab er denn den Fremden vorzulassen, und als der wenig später bei ihm eintrat, erkannte Ziegelbach in ihm den Zeitungsjournalisten, Herrn Bolz. Aber fast hätte er ihn doch nicht erkannt, denn der sah aus wie ein Bild der Verzweiflung und des Jammers und er befand sich in solcher Aufregung, daß ihm alle Glieder schlotterten.

„Aber Herr Bolz, um Gottes willen, was haben Sie denn nur?“ fragte Ziegelbach voll ehrlichster Teilnahme. „Kommen Sie, setzen Sie sich erst mal hin und trinken Sie einen Kognak, der wird Ihnen gut tun. Oder haben Sie Hunger und wollen Sie etwas zu essen haben? Sie sehen ja erbärmlich aus, was ist denn nur gechehen? Brauchen Sie für Ihre kranke Frau oder für Ihre Kinder Geld? Hier nehmen Sie, hundert Mark, zweihundert Mark, oder was Sie sonst wollen.“

Doch der Reporter schüttelte zu allem nur den Kopf, bis er endlich sagte: „Das ist es nicht, Herr Leutnant, mich führt etwas ganz anderes her, die alte Kommode.“

In der Stimmung, in der er sich jetzt befand, lachte Ziegelbach lustig auf, dann fragte er: „Spuckt die denn immer noch herum?“

„Sogar mehr als je, Herr Leutnant, und wenn nicht ein Wunder geschieht, kostet die mich meine Stellung.“

„Na, so schlimm wird es wohl nicht gleich werden.“ tröstete Ziegelbach den andern, „ich verstehe auch gar nicht, wie Sie auf diese Vermutung kommen können, das müssen Sie mir erzählen.“

Und das tat der Reporter, wenn auch stoßend und zögernd und mit vielen Pausen: „Sie wissen doch, Herr Leutnant, unter uns gesagt, unser Tagesanzeiger ist ein kleines Käseblatt, das nur in einer Auflage von kaum fünftausend Exemplaren erscheint. Wir bekommen das Blatt als sogenannte kopflose Zeitung aus Berlin. Bis auf den Lokal- und den Inseratenteil ist alles bereits fix und fertig gedruckt. Wir haben auch gar keinen Redakteur, das besorgt alles der Verleger, der aber auch weiter nichts ist als ein gewöhnlicher Drucker. Der hat nur den einen Ehrgeiz, zu verdienen, und deshalb waren ihm die Inserate über die alte Kommode

mehr als willkommen. So weit ist ja alles sehr gut und sehr schön, aber Sie werden sich erinnern, Herr Leutnant, daß in der Stadt viel darüber gesprochen wurde, ob es sich da um einen Scherz oder um Ernst handelte. Der Verleger verteidigte an seinem Stammtisch stets die letztere Auffassung, schon, weil die Annoncen in seinem Blatt erschienen waren und weil er den Gedanken gar nicht aufkommen lassen durfte, daß er seinen Teil dazu beigetragen habe, die Leute hier an der Nase herumzuführen. Und vielleicht wäre er auch schließlich mit seiner Ansicht durchgedrungen, wenn plötzlich nicht gestern hier Herr Müller aufgetaucht wäre. Sie kennen den Herrn natürlich nicht, Herr Leutnant, das ist ein Weinreifer aus Berlin, der sich hier wegen seiner vielen neuen Witze, die er jedesmal mitbringt, des größten Ansehens und der größten Beliebtheit erfreut. Da wollte es das Unglück, daß gleich gestern in seiner Anwesenheit das Gespräch auf die Inserate kam. Herr Müller, der Kluge, der Weltgerichte, der Weltersahre, sollte die Streitfrage entscheiden, ob Scherz oder Ernst. Und der erklärte die Sache für Rumpitz, wollte sich tollachen, daß jemand darauf hineingefallen war, und war sogar bereit, hundert gegen eins zu wetten, daß das Inserat eine Fälschung sei. Na, die Aufregung der Leute, die vergebens geklopft und geulcht hatten, können Sie sich denken, Herr Leutnant, die haben dem Verleger, der mit an dem Stammtisch saß, die Hölle heiß gemacht, daß er sein Blatt zu so etwas hergab. Der hat dagegen angeordnet, es handle sich doch um eine Tatsache, und schon, um das zu beweisen, hat er die Wette angenommen, hundert Mark gegen eine. Dann aber hat er mich heute morgen zu sich rufen lassen, mich, Herr Leutnant, der damals das Inserat auf die Expedition brachte, und ich soll innerhalb der nächsten drei Tage Farbe bekennen und eingestehen, wie ich zu der Annonce kam. Und wenn ich das nicht tue, dann bin ich entlassen, dann sige ich mit meiner Frau und meinen sieben Kindern auf der Straße. Bis jetzt habe ich geschwiegen, ich muß ja auch weiter schweigen, denn ich habe es dem Herrn Leutnant geschworen, aber nun werden der Herr Leutnant begreifen, warum es mir nicht gut geht.“

Es hatte lange gedauert, bis der Reporter mit diesem Bekenntnis fertig war. Jetzt sah er da, sich mit dem Taschentuch die nasse Stirn trocknend, und er sah so unglücklich aus, daß Ziegelbach mit ihm aufrichtiges Mitleid empfand.

Das war eine heikle Sache, auch für ihn, aber ganz abgesehen davon, daß er der Baronin versprochen hatte, allen Konsequenzen seines Streiches lustig und übermütig in die Augen zu sehen, durfte er unmöglich daran schuld sein, daß der arme Teufel seinetwegen die Stellung verlor und mit seiner Familie auf der Straße saß.

Vor der Wahlkampagne in Frankreich

Von G. B. Rene-Paris.

Obwohl die Wahlkampagne noch nicht richtig eröffnet worden ist, fällt es nicht schwer, zu bemerken, daß sie schon das ganze öffentliche Leben des Landes stark beeinflusst. Die Nervosität in den politischen Parteien wächst, die Polemiken und Kontroversen nehmen an Schärfe zu, und von jener Sachlichkeit und Höflichkeit, die in normalen Zeiten die Beziehungen unter den französischen Parteien selbst diametral entgegengesetzter Richtungen kennzeichnet, wird bald nicht mehr viel übrig bleiben. Der Wahlkampf hat begonnen und mit ihm der Kampf aller gegen alle. Die Diskussion ist im ganzen Lande eröffnet, und wie ein gigantischer Brand lodern die Flammen politischer Theorien und Dogmen auf Menschen, die gestern noch intime Freunde waren, beschimpfen sich heute in aller Öffentlichkeit. Die politischen Clans, besonders in der Provinz, wo die Leidenschaft der Politik von jeher ungehindert ihren freien Lauf nimmt, haben schon ihre Hauptquartiere aufgeschlagen. Allmählich gleicht das ganze Land einem gewaltigen Schlachtfeld, auf dem die kriegsführenden Parteien schon besetzte Stellungen ausbauen und neue zu erobern trachten.

Wie wird diesmal der Kampf ausgetragen werden? Unter welchem Stichwort werden sich die Parteien finden und bekämpfen? Rechts gegen Links? Links gegen Rechts, wie schon so oft und wie im Mai 1924, als das Kartell seinen großen Sieg gegen den nationalen Block wegen innerer Zwistigkeiten nicht auszunutzen verstand? Diesmal wird es anders. Das Listenwahlssystem, das man Parteiwahlssystem nennen könnte, ist abgeschafft worden; an seine Stelle ist — so hat es die Kammer im Spätsommer beschlossen — das Wahlkreisystem getreten, das man mit Recht als Einzelwahlssystem bezeichnen kann. Der Partiestempel gilt nur wenig; die Persönlichkeit ist alles. Mann gegen Mann, so wird der Feldzug ausgefochten werden. Die Zeiten, da es genügte, einer Partei Geldzuwendungen zukommen zu lassen, um in aussichtsreiche Stelle hinter namhaften Größen auf der Liste in einem sicheren Wahlkreise aufgestellt zu werden, sind vorüber, ebenfalls die Zeiten, da man durch solche Geldzuwendungen gewählt werden konnte, ohne überhaupt einen einzigen Tag in seinem Wahlkreise verbracht zu haben. Heute muß jeder, der gewählt werden will, nicht nur ein Programm haben, sondern auch die Leute, die er von seiner Fähigkeit überzeugen will, persönlich kennen, ihre Wünsche bis ins einzelne im Kopfe behalten. Er muß selbst wochen- und monatelang Rede und Antwort stehen und darf sich keinen Augenblick aus der Feuerlinie entfernen. Denn hinter ihm stehen die politischen Gegner auf der Lauer, bereit, den kleinsten Fehler gegen ihn auszunutzen. Kurz, man kann heute nicht mehr anonym gewählt werden, sondern muß entweder höchst persönlich in die Kammer einziehen oder draußen bleiben.

Gewiß ist dieses Wahlssystem dem anderen vorzuziehen. Denn nur aus ihm können Persönlichkeiten hervorgehen, die sonst unweigerlich im Parteigetriebe versunken wären. Dieses System ist geeignet, dem politischen Leben des Landes neues Blut zuzuführen, und in dem Maße, die politische Erneuerung der Nation nicht nur vorzubereiten, sondern auch durchzuführen. Da gibt es keine Parteibonzen und Parteibotinnen mehr, die den Jüngeren den Weg versperren, weil sie die Kammer für eine Art wohlverdienten Apfels für politische Greise halten. Die Parteifähne kann ruhig zuhause bleiben.

Diese Tatsache sowie die persönliche Einstellung der Wählermassen, die junges Blut, junge Köpfe sehen wollen, hat natürlich die Kammer, die dem neuen Wahlrecht zum Siege verhalf, in Regenjammerstimmung versetzt. Politiker, die sich daran gewöhnt hatten, als Abgeordnete zu leben, und sich wohl auch mit der angenehmen Hoffnung abgefunden hatten, einst auch als Abgeordnete zu sterben, sehen jetzt angstvoll in die Zukunft. Sie sind in ihre von ihnen vernachlässigten Wahlkreise zurückgekehrt und haben dort mit Schrecken feststellen müssen, daß sie nichts mehr gelten, daß sogar ihr Name in volle Vergessenheit geraten ist und daß sich längere ehrgeizige und temperamentvolle Männer während ihrer Abwesenheit in ihren „Lehngütern“ eingenistet und die Zeit, als der Herr Abgeordnete in der Hauptstadt ein angenehmes Leben führte, ausgenutzt haben, um Herz und Verstand der Wähler tatkräftig zu bearbeiten. Die Allgemeinheit ist jedenfalls davon überzeugt, daß die im nächsten Frühling zu wählende Kammer ein ganz anderes Bild zeigen wird. Wird sie links, wird sie rechts eingestellt sein? Dadurch, daß fast in allen Kreisen der Mann und nicht die Partei gewählt werden soll, wird das Endergebnis bis zum letzten Augenblick offen bleiben.

Immerhin kann man an Hand der Geheimberichte der Präfekten und Unterpräfekten an die ihnen nahestehenden Parteiführer sowie an das Innenministerium annehmen, daß die Kammer einen deutlichen Ruck nach links vornehmen wird. Ob allerdings das sogenannte Linkskartell noch weiter links, d. h. in noch stärkere Abhängigkeit von den Sozialisten als bisher geraten wird, erscheint fraglich. Eher könnte man annehmen, daß ein nicht unbedeutender Teil der jetzigen Mitte sich mehr den Radikalen nähern und so die Schaffung einer großen bürgerlichen Mehrheit der Linken vorbereiten helfen wird. Denn wenn auch die Massen in Frankreich im großen ganzen mit der jetzigen Regierung und der sie tragenden Mehrheit einverstanden sind, wenn sie jetzt noch Poincaré und seinen Anhängern als Retter des Frankreichs anzubeln, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Verteuerung der Lebenshaltung, die in Frankreich wie überall ein Merkmal der Stabilisierung der Währung ist, sehr wahrscheinlich ein Hauptfaktor im Wahlkampf bilden wird. Letzten Endes wird also alles davon abhängen, ob

es der Regierung gelingt, die Preise der Nahrungsmittel und aller Waren des täglichen Bedarfs bis zum Frühling merklich zu senken. Gelingt ihr das nicht, so muß man darauf gefaßt sein, daß die Extremisten von links den Lebensmittelpreis sehr zu ihrem Vorteil und mit allen Mitteln kräftiger Demagogie für ihre Wahlpropaganda verwerten werden. Weder Locarno noch der Abgang Rakowski, weder die verzögerte Rheinlandräumung noch die Antisowjettkampagne der Rechten werden den Ausgang der Wahlen wesentlich beeinflussen, sondern vornehmlich die wirtschaftlichen Verhältnisse der breiten Wählermassen.

Die Zersplitterung der Radikalsozialisten

Paul Boncour Nachfolger Franklin Bouillons?

II. Paris, 5. Nov. Am kommenden Dienstag wird die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten den Nachfolger für ihren bisherigen Vorsitzenden, Franklin Bouillon, wählen. Voraussetzlich wird an seiner Stelle Paul Boncour gewählt werden, der bis jetzt allein seine Kandidatur ausgesprochen hat. Wie verlautet, haben ihn die Mitglieder der auswärtigen Kommission fast einstimmig ihrer Unterstützung versichert. Die in Betracht kommenden Kandidaten sollen von einer Bewerbung Abstand genommen haben. Damit würde das Präsidium der auswärtigen Kammerkommission in die Hände eines Sozialisten kommen.

Poincaré über den Ausbruch des Weltkrieges

Veröffentlichung des 4. Bandes der Erinnerungen Poincarés.

II. Paris, 5. Nov. In einigen Tagen erscheint unter dem Titel „Die heilige Einigkeit“ der 4. Band der Erinnerungen Poincarés, der sich besonders mit der Generalmobilisierung im Jahre 1914 beschäftigt. Unter anderem führt hierzu Poincaré aus, es sei nicht der Fehler Frankreichs, daß die Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien die slavischen Völker tief erregt und Putschland zur Intervention bestimmt habe. Es sei auch nicht der Fehler Frankreichs, wenn Oesterreich, trotzdem es sein territoriales Desinteressement erklärt habe, in der Tat die rechtlich erwogene Absicht gehabt habe, Stücke Serbiens zwischen Bulgarien und Albanien aufzuteilen und wenn Rußland als Antwort die Teilmobilisierung angeordnet und dann infolge technischer Gründe und trotz der Ratschläge Bivianis die Generalmobilisierung beschlossen habe. Auch sei es nicht die Schuld Frankreichs, wenn Oesterreich sich zuerst systematisch allen Verständigungsvorschlägen entzogen und, nachdem es einen Augenblick versöhnlich geschildert habe, seine intransigente Haltung wieder aufgenommen habe. Frankreich sei auch dafür nicht verantwortlich, daß Deutschland selbst, nachdem es das Feuer mitentsandt hatte, es für einen Augenblick zu erstickern suchte, um es dann von neuem anzuschüren und schließlich durch zwei Kriegserklärungen, die es zum mindesten hätte hinausschieben können, die Katastrophe unvermeidlich zu machen.

Gegenüber der deutschen These, Rußland habe zuerst mobilisiert und die russische Mobilisierung habe den Krieg bedeutet, sucht Poincaré darzutun, daß Rußland fast zur gleichen Zeit wie Oesterreich mobilisiert und mitgeteilt habe, daß es zu Verhandlungen bereit sei. Unter Hinweis auf das Wort des Generals de Boisdeffre „Die Mobilisierung ist der Krieg“, führt Poincaré weiter aus, daß unter zivilisierten Nationen diese Gleichsetzung nicht gerechtfertigt sei. Die Mobilisierung sei ein längerer Akt und das Volk, das diesen anordnet, habe es in der Hand, ihm keine blutige Folge zu geben. Allein die Kriegserklärung schaffe den Kriegszustand. Es sei eine oft vernachlässigte und dennoch berechtigte Betrachtung, daß bei einem Vergleich der Verträge des Dreibundes und der russisch-französischen Allianz man feststelle, daß die Dreibundsverträge allein die Verallgemeinerung des Krieges mit sich gebracht hätten.

Wenn Rußland und Oesterreich allein in einen Konflikt eingetreten wären, wäre Frankreich nach Art. 2 und 3 der Militärkonvention von 1893 verpflichtet gewesen, zu mobilisieren, aber keineswegs in den Krieg einzutreten. Erst die Intervention Deutschlands habe nach dem Wortlaut des Vertrages Frankreich verpflichtet, in den Kampf einzutreten. Dagegen habe der Dreibundvertrag vorgesehen, daß Deutschland handeln müsse, selbst wenn Oesterreich nur einen Konflikt mit Rußland habe. Das „Ziel“ der Bündnisse sei also derart gewesen, daß ein Krieg Oesterreichs mit Rußland Frankreich nicht zum Marschieren zwang, wenn Deutschland untätig bleibt, aber daß Oesterreich das Recht hatte, die Hilfe Deutschlands zu verlangen. Der Dreibund habe in dieser ernsten Konstellation das explosive Element enthalten.

Der Anschlußwille in Oesterreich

Die Sanierung Oesterreichs nur durch den Anschluß möglich.

II. Wien, 5. Nov. In der gestrigen Sitzung des österr. Nationalrates, in der die erste Lesung des Budgets erfolgte, vertrat der Redner der Großdeutschen, Abgeord. Dr. Hampel, den Standpunkt seiner Partei, daß eine wirkliche Sanierung Oesterreichs nur durch den Anschluß an Deutschland erreicht werden könne. Der Anschlußwille der deutsch-österreichischen Bevölkerung sei in den letzten Jahren mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen. Insbesondere die Vertreter der Wirtschaft, die früher der Entwicklung der Dinge mit einer gewissen Skepsis zusahen, seien nunmehr aktiv hervorgetreten.

Kleine politische Nachrichten

Die Volkspartei zum Schulgesetz. Im Bildungsausschuß hat der in der Schultraae führende Vertreter der DVP,

dem Reichsinnenminister eine genaue schriftliche Formulierung des Standpunktes der Deutschen Volkspartei zugestellt. In dem Schriftstück soll besonders die Frage des Kostenpunktes behandelt worden sein. Durch dieses Memorandum soll der Reichsinnenminister angehalten werden, die Verhandlungen mit den Führern der Regierungsparteien wieder aufzunehmen.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten erklärte der Vorsitzende des Parteitages, Bürgermeister Seib, hinsichtlich der künftigen Politik der Regierung Seipel, daß die Sozialdemokratie eine Koalition nicht für möglich halte, solange die bürgerlichen Parteien nicht erkennen, welcher Anteil der Macht, der Würde und den Interessen der Arbeiterklasse entpfeche. Die Sozialdemokratie sei Gegner eines Bürgerkrieges. Zu den Ereignissen des 15. Juli übergehend, erklärte Seib, daß sie eine Disziplinlosigkeit gewesen seien, die den schärfsten Tadel verdiene.

Passive Resistenz der tschechoslowakischen Eisenbahner. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern sind abgebrochen worden, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte, daß die Regierung eine Aenderung der Verordnung über Dienstregelung nicht zugestehen könne. Die Exekutive hat darauf die Weisung zum Beginn der passiven Resistenz erteilt. Die passive Resistenz soll auf das ganze Land ausgedehnt werden, falls nicht innerhalb zwei Tagen eine Einigung mit dem Eisenbahnministerium zustandekommt. Die Regierung hat alle Gegenmaßnahmen getroffen.

Lord Crewe verläßt Paris? Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ erklärt, die Nachricht über den bevorstehenden Rücktritt des Pariser englischen Botschafters, Lord Crewe, bestätigten zu können. Lord Crewe werde seinen Posten spätestens im kommenden Frühjahr verlassen. Ueber die Person seines Nachfolgers sei noch keinerlei Entscheidung getroffen, obwohl bereits mehrere Namen genannt wurden.

Fortsetzung des Ozeanflugs der Heinkelwerke

Heinkel „D 1220“ auf den Azoren gelandet.

II. Berlin, 5. Nov. Nachdem die Wetterlage in der letzten Woche jeden Versuch, den Ozean zu überfliegen, unmöglich gemacht hatte, trat am 4. November ganz unerwartet eine Besserung ein. Diese Gelegenheit sofort ausnützend, startete das in Lissabon wartende Heinkelflugzeug „D 1220“ am 4. November 6.25 Uhr und landete glatt in Horta (Azoren) nachmittags um 16 Uhr. Die 1680 Kilometer lange Strecke, die etwa der Entfernung Berlin-Konstantinopel entspricht, wurde in nur 9 Stunden 35 Min., d. h. also mit einer Stundengeschwindigkeit von fast 180 Kilometern zurückgelegt. An Bord befanden sich außer dem Führer Mertz der Funke Bock und der Monteur Kohde.

Ueberschwemmungskatastrophe in Amerika

II. Newyork, 5. Nov. Wie aus Massachusetts und Vermont gemeldet wird, haben Wolkenbrüche und Ueberschwemmungen schwere Schäden angerichtet. Der Eisenbahnverkehr ist teilweise unterbrochen. Die Hochwasserschäden in Neu-England belaufen sich auf vier Millionen Dollar. Eisenbahnen und Landstraßen wurden streckenweise unterwaschen. Vielfach sehen die Vichlanlagen aus. Bisher sind in Neu-England 19 Tote und über hundert Obdachlose festgestellt worden. Auch der Staat Newyork blieb von dem Unwetter nicht verschont. Zwischen San Franzisko und Los Angeles wurden Erdstöße verspürt, die jedoch keinen Schaden anrichteten.

Vom Landtag

Im Landtag wurde am Donnerstag die Generaldebatte zum Etat fortgesetzt. In der ausgedehnten Sitzung kamen nur drei Redner zum Wort. Der Abg. Reil (Soz.) übte scharfe Kritik an der Regierung. Der Finanzminister habe seit Jahren auf Kosten der Gemeinden Schätze angesammelt, um vor den Wahlen damit zu prunken. Diese schöne Absicht werde durch die Besoldungserhöhung vereitelt. 8 Jahre lang sei die Arbeit der Regierung unfruchtbar gewesen und jetzt wolle sie auf einmal eine Reihe von Reformen durchführen, wie die Gemeinde- und Bezirksordnung, das Körperschaftspensionsgesetz, das Fideikommissgesetz, das Gesetz über das Auerbenrecht, das Fischereigesetz und das Gesetz über das Beamtenrecht. Württemberg allein habe neben Bayern dem Reichsschulgesetzentwurf im Reichsrat bedingungslos zugestimmt und doch werfe das Gesetz die württ. Volksschule auf die Zustände vor dem Volksschulgesetz von 1909 zurück. Die Sozialdemokratie wolle eine große leistungsfähige Einheitschule. Der Staatspräsident befunde in der Außenpolitik die überraschendsten Sinneswandelungen. In der Verwaltungsreform des Landes sei gar nichts geschehen. Der Entwicklung zum Einheitsstaat dürften keine Schwierigkeiten bereitet werden. Gegen die Berufung von Nichtbeamten in Beamtenstellen habe seine Partei nichts einzuwenden. In der Aufwertungsfrage habe die Rechte vollständig versagt. Die Sozialdemokratie werde im Wahlkampf mit der Rechten die Waffen kreuzen. Der Abg. Bock (Ztr.) besprach insbesondere die beiden Probleme des Reichsschulgesetzes und des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Er trat für die Befreiung der Schulen und für Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen ein. Die Gemeinschaftsschule werde nie die Schule sein, aus der der echte, gute Deutsche hervorgeht. Das Zentrum sei bereit, auch die höheren Schulen zu Befreiungsschulen umzugestalten. Vor der geistlichen Schulaufsicht brauche man keine Angst zu haben. Der Lehrer müsse allerdings mit

dem Geist des Bekenntnisses im Einklang stehen, denn die Schüler seien nicht wegen der Lehrer da, sondern umgekehrt. Der Kampf der Gemeinden mit dem Staat bestehe schon seit 1919, nur die Parteien hätten gewechselt. Die Aenderung des Finanzausgleichs habe die Steuerentlastung auf 5 Prozent ermöglicht und gegen diesen Ausgleich hätten Sozialdemokraten und Demokraten gestimmt. Die Schul-lastenverteilung sei nicht zum Nachteil der Gemeinden ausgefallen. Der Einheitsstaat würde weder Ersparnisse noch Erleichterungen bringen. Das Weibel liege beim parlamentarischen System. Der Reichstag sei allmächtig, der Reichsrat ohnmächtig. Auch das Reich brauche eine zweite Kammer, die als gleichberechtigte Instanz neben den Reichstag trete. Jeder Versuch einer Schwächung der Eigenstaatlichkeit der Länder werde von seiner Partei energisch bekämpft werden. Das Steuervereinheitlichungsgesetz bringe große Gefahren für die Wirtschaft. Die württembergischen Ansprüche für die Ueberlassung von Post und Eisenbahn sowie der Steuergebäude müßten beim Reich erneut angemeldet werden. Schließlich sprach noch der Abg. Schneck (Komm.), der mit einer Verherrlichung der Revolution begann und im übrigen am kapitalistischen Staat keinen guten Feind lieb.

Bei der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache zum Etat im Landtag kam am Freitag zunächst der Abg. Scheef (Dem.) zum Wort. Er kritisierte, daß der Etat um einen Monat zu früh vorgelegt worden sei, weil man infolge der Besoldungserhöhung die Verhältnisse noch nicht klar übersehe und bemängelte sodann die Politik der Regierung. Von den großen Plänen des Staatspräsidenten sei nichts verwirklicht, auch schwere Unterlassungssünden seien festzustellen. Die Regierung habe nichts getan, um den republikanischen Verfassungsgedanken zu stärken. Seine Partei wolle den konfessionellen Religionsunterricht, aber keine konfessionelle Schule. In wirtschaftlichen Fragen sei die Regierung einseitig eingestellt. Staat und Gemeinden ständen sich wie feindselige Parteien gegenüber. Die Gewerbesteuer belaste viel zu stark die kleinen Handwerker. Vielfach habe es die Regierung an kraftvoller Führung fehlen lassen. Der Einheitsstaat lasse sich nicht aufhalten. Das Problem des Parlamentarismus könne nur durch Auslese der richtigen Führer gelöst werden. Notwendig sei, daß die Parteien zu ihren Wahlversprechen stehen und das Volk nicht täuschen. In dieser Beziehung mögen sich besonders die Deutschnationalen prüfen. Man könne höchstens die Möglichkeit des Kumulierens erweitern. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, durch Aufklärung des Volkes bei den nächstjährigen Landtagswahlen die Herrschaft der Rechten brechen zu können. Staatspräsident Dr. Bazzile wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung abgewirtschaftet habe. Württemberg habe unstrittig die besten Finanzen von allen deutschen Ländern und die geringste Arbeitslosigkeit. Der Ausbau der Nord-Südbahn sei zum großen Kummer von Bayern und Baden gefördert, sorgfältig ausgearbeitete Gesetze seien dem Landtag vorgelegt und der Vertrag mit dem Herzogshaus in einer heide Teile befriedigenden Weise geregelt worden. Man habe den Ausbau der Universität begonnen. Mit der Stadt Stuttgart schwebten Verhandlungen über die zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Gebäude und Plätze zwischen Staat und Stadt, um Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Eine Denkschrift darüber werde noch diesem Landtag zugehen. Der Plan der Erbauung einer Behördenkaserne liege ihm fern, aber einige Behörden müßten räumlich zusammengelegt werden. In der Frage der Oberamtsaufteilung sei keine Fraktion einig. Die Kosten des Reichsschulgesezes seien heute noch unübersehbar. In allen wichtigen Fragen habe das Volk Gelegenheit, mitzureden, das sei wahre Demokratie, trotzdem lasse es die Regierung an Führung nicht fehlen. In der Frage der Verschlagung der Länder bestehe eine Einheitsfront von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei, dagegen werde der Wahlkampf geführt werden. Durch die Befestigung der Länder würde fast gar nichts gespart, nur Südbaden ganz ins Hintertreffen kommen. Am meisten sparen die Länder, am wenigsten das Reich und die großen Städte. Im Wahlkampf werde zum Angriff gegen die Opposition übergegangen und der Kampf in der besten Hoffnung und Zuversicht geführt werden. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Rath (D.V.), der sich u. a. gegen das Reichsschulgesez wandte, wurde die Wetterberatung vertagt.

Stuttg., 5. Okt. Der Landtag setzte am Samstag die Generaldebatte zum Etat fort. Minister des Innern Holz sprach sich zur Bezirksvereinfachungen aus Zweckmäßigkeitsgründen und aus Gründen der Kostenersparnis erneut für eine weitgehende Zusammenlegung aus und betonte, man wäre in dieser Frage weiter gekommen, wenn sich der Landtag nicht auf den Standpunkt gestellt hätte: alles oder gar nichts. Diese Frage müsse durchgekämpft werden und zwar ohne Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Die Verwaltungsaufgaben würden zweckmäßiger und billiger in den Ländern, nicht zentral von Berlin aus geregelt. Ein schlimmeres und unverständlicheres Schlagwort als das von dem zentralisierten Einheitsstaat gebe es nicht. Beim Fortschreiten der Vereinfachung wären die Länder auf der ganzen Linie die Verlierenden. Der Minister bedauerte, daß es allmählich Mode werde, den Reparationsagenten und seine Auffassung in Fragen als Hilfe heranzuziehen, in denen wir aus eigener freier Entscheidung unter Ablehnung jedes fremden Einflusses die Entscheidung treffen sollten. Zum Schluß betonte der Minister, daß das Zentrum in Baden und Württemberg im Kampfe gegen die Zentralisierungsbestrebungen einheitlich denke. Der Abg. Schott (D.P.) eröffnete dann die zweite Rednergarnitur der Parteien. Er polemisierte zunächst gegen den

Abg. Scheef und betonte dabei, daß dem früheren Stuttgart. Handwerkskammerpräsidenten Wolff die Parteizugehörigkeit aufgekündigt worden sei. Der Abg. Keil habe nur eine Wahlrede gehalten. Ueber die Dürftigkeit seiner Argumente müsse man erstaunt sein. Das württ. Volk werde sich durch solche Phrasen nicht bestechen lassen. Bei Koalitionen gebe es zu viel Hemmungen, als daß eine Partei ihr Programm durchführen könnte.

Der Landtag wird in dieser Woche am Dienstag und Mittwoch nochmals zusammentreten, um auch die zweite Rednergarnitur in der Generalausprache zum Etat zu Worte kommen zu lassen.

Stuttg., 6. Nov. Der bauernbändlerische Abg. Hornung, eine markante, originelle und allgemein geschätzte Persönlichkeit des Landtags, wird, wie man hört, nach Auflösung des Landtags im nächsten Jahre nicht mehr kandidieren. Er scheidet aus dem Landtag aus, weil er seinen Wohnsitz nach Bayerisch-Franken verlegt hat.

Die Politik am Mittelmeer

König Alfons Italienbesuch. Der Mailänder Korrespondent der Information bestätigt die Gerüchte, daß der in Neapel weilende König Alfons gelegentlich einer Begegnung mit dem König von Italien und Mussolini über das Tangerproblem verhandeln werde. Die italienischen und spanischen Zeitungen versuchen zu vermeiden, die italienische Flottenkundgebung in Tanger besonders hervorzuheben, wogegen sie aber das gute Einvernehmen zwischen Italien und Spanien betonen. Die offiziellen spanischen Organe erklären, daß sich keine Nation gerechter und großzügiger als die italienische gegenüber Spanien zeige und daß es daher ganz natürlich sei, wenn Spanien sich in seiner europäischen Politik auf die Freundschaft Roms stütze.

Englisch-amerikanischer Interessentstreit in Abessinien

Amerika baut Niesenkanäle in Abessinien. Die amerikanische Maschinenbaugesellschaft White in New York hat die Konzession zum Bau von großen Stauwerken am Blauen Nil in Abessinien erhalten. Da sich die englische Regierung bereits vor langer Zeit in Abessinien um Erteilung der Konzession beworben hat, ist man in Londoner Wirtschaftskreisen über das Verhalten Abessiniens sehr empört. Man befürchtet, daß die amerikanische Gesellschaft nach Vollendung des Damms am Blauen Nil in Abessinien durch Verkauf des Wassers an England bzw. Ägypten zum Schaden der britischen Wirtschaft ein großes Geschäft machen könne.

Aus Stadt und Land

Calw, den 7. November 1927

Standesamtsnachrichten vom Monat Oktober aus der Stadt Calw.

Geburten: 2. Oktober: Judith Hildegard, Tochter der Sattlerseheleute Albrecht von Uim, 1. Oktober Johann Friedrich, Sohn der Landwirtseheleute Vater von Weinberg, 4. Oktober Armin Friedrich, Sohn der Bauarbeiterseheleute Paul Riepp von hier; 7. Oktober Gebhard Friedrich, Sohn der Eheleute Friedrich Kurz von Neuhengstett, 7. Oktober Helmut Paul, Sohn der Polizeiwachmeisterseheleute Braun von hier; 11. Oktober Marta Elfriede, Tochter der Schlosserheleute Gg. Heindel von hier, 9. Okt. Karoline Hildegard, Tochter der Kohlenhändlerseheleute Beck von Bad Riebzell, 12. Oktober Irmgard Anna, Tochter der Mechanikerseheleute Karl Frohnmüller von hier, 15. Oktober Helmut, Sohn der Schneidermeisterseheleute Karl Schühle von hier, 15. Oktober Else Charlotte, Tochter der Kaufmannseheleute Otto Koller von hier, 15. Okt. Erich Wolfgang, Sohn der Eheleute Karl Würsch von Station Teinach, 18. Okt. Marianne, Tochter der Bäckerseheleute Rex von Schingen, 21. Okt. Rolf Erwin, Sohn der Monteurseheleute Ruppmann von Schömberg, 20. Okt. Kurt, Sohn der Installationsseheleute Hämmerle von hier.

Eheschließungen: 3. Oktober: Rauber Andreas Nothfuß von hier mit Anna Maria Müller von hier; 7. Oktober Dienstknecht Karl Hermann Bauer von hier mit Fabrikarbeiterin Sofie Margarete Traub von hier; 20. Oktober Reichsbahninspektor Ernst Paul Stetter in Calw mit Haus-tochter Marta Wendelstein von Nalen. In Schefflingen: am 24. Okt. Lokomotivführeranwärter Gg. Bozenhardt von hier mit Amalie Däubler von Schefflingen; in Herbrechtlingen am 8. Okt. Kaufmann M. Schlatterer von hier mit Lydia Mack von Herbrechtlingen.

Sterbefälle: 5. Oktober Gertrud Mohr, Kind der Landwirtseheleute Mohr von hier, 2 Jahre alt, 16. Oktober Frida Ziegler, Packersehefrau von hier, 38 Jahre alt, 15. Oktober Anna Maria Erhardt, Witwe von Wenden, 55 Jahre alt, 19. Oktober Martin Dittus, früherer Maschinenstricker von hier, 70 Jahre alt, 20. Oktober Maria Merz, Witwe von hier, 68 Jahre alt; 25. Oktober Johannes Geigle, Schuhmacher von hier, 52 Jahre alt, 26. Okt. Katharina Luise Schlotterbeck, Witwe von hier, 80 Jahre alt.

Brand in Oberhaugstett.

Die Gemeinde Oberhaugstett ist am vergangenen Samstag von einem schweren Brandfall betroffen worden. Nachdem am Spätnachmittag des Freitags, wie berichtet, der Dachstuhl der Brennerei des Landwirts Johannes Stepper niedergebrannt war, brach am Samstagmittag gegen 2 Uhr im Dachgeschoß des neben der Brennerei gelegenen Wohnhauses von Landwirt Stepper ein Zimmerbrand aus, der von der Feuerwehr Oberhaugstett jedoch halb erstickt werden konnte. Kurz nach Beendigung der Löscharbeiten bemerkte man, daß die durch eine Straße von Wohnhaus

und Brennerei getrennt liegende Doppelscheuer, ein Gebäude von bedeutendem Umfang, in Flammen stand. Das vernichtende Element fand in den großen Frucht- und Futtermitteln reiche Nahrung und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit, so daß die Kräfte der angestrengt arbeitenden Ortswehr nicht ausreichten, um des Brandes Herr zu werden. Die um 2 1/2 Uhr alarmierte Calwer Motorspritze traf nach halbstündiger Fahrt am Brandort ein und bekämpfte sogleich den Brandherd mit drei Schlauchlagern. Auch die Wehren der Umgebung, die Freiw. Feuerwehren Neubulach, Altbulach und Liebelsberg beteiligten sich an den Löscharbeiten und an der Sicherung des gefährdeten Nachbaranwesens. Glücklicherweise stand aus dem unweit gelegenen Feuersee der Gemeinde genügend Wasser zur Verfügung, so daß ein weiteres Sichausdehnen des Brandes verhindert werden konnte. Die Wehren arbeiteten angestrengt bis 10 Uhr nachts, um jede Gefahr zu beseitigen. Die große Doppelscheuer von Landwirt Stepper ist samt Inhalt niedergebrannt; bedauerlicherweise ist auch die in der gefährdeten Scheuer des Nachbaranwesens lagernde Frucht durch die Wassermassen, welche man zur Sicherung auf das Gebäude geben mußte, zum größten Teil verdorben worden. Wie wir erfahren, ist Landwirt Stepper durch Versicherung gedeckt, erleidet jedoch trotzdem einen erheblichen Schaden. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet. An der Brandstätte waren Oberamtmann Rippmann und Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer zugegen.

Von unserer heimatlichen Bibelanstalt.

Die Württ. Bibelanstalt erlebt etwas, was als Nichtzehen in unserer dunklen Zeit gelten mag: daß die Nachfrage nach der Bibel größer ist als je; 642 000 Exemplare konnten verbreitet werden. Eine schöne Aufgabe hat sie mit der Verbreitung der flüssigen, leicht lesbaren und wissenschaftlich genauen Uebersetzung des Gymnasialdirektors Dr. Hermann Menge übernommen, der an seinem 85. Geburtstag das Vorwort unterschreiben durfte (bisher 18 000 Exemplare). Die wissenschaftliche Arbeit dient u. a. der Herausgabe der Septuaginta (griech. Uebersetzung des Alten Testaments aus vorchristlicher Zeit). Die ev. Gemeinden hatten gestern am Reformationsfest Gelegenheit, ihren Dank für die rühmliche Arbeit der Bibelanstalt tätigen Ausdruck zu geben im Kirchenopfer.

Kränkliche Reisende auf der Reichsbahn.

Um älteren, gelähmten oder kränklichen Reisenden das Ein-, Aus- und Umsteigen zu erleichtern, hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft angeordnet, daß die Zugführer und Schaffner solchen körperlich behinderten Reisenden in jeder Weise beim Ein-, Aus- und Umsteigen behilflich sind und sie auf Umsteigeplätzen an den Aufsichtsbeamten des Bahnhofes oder den Schaffner des Anschlußzuges verweisen. Die Reichsbahndirektionen werden auf den Bahnhöfen, wo Kranke und Verletzte häufig ein- und aussteigen, also besonders in Badoorien, Erholungsstätten usw. leicht tragbare Treppen bereithalten.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Das Barometer in Südbaden geht stark zurück. Der Einfluß des westlichen Hochdrucks schwindet vor einer aus dem Norden vorrückenden Depression. Für Dienstag und Mittwoch ist mehrfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Stuttg., 6. Nov. Der Einbrecher Erwin Hauff von Engelsbrand, der über 15 Tage die Gegend durch seine Einbrüche in Aufregung brachte, konnte dank der angestrengten Tätigkeit der Landjägersmannschaft nunmehr in Pforzheim verhaftet und hier eingeliefert werden. Er will sich seit drei Wochen in Pforzheim aufgehalten haben, von wo aus er seine Streifzüge unternahm. Die ihm zur Last gelegten Vergehen gestand er ein.

Stuttg., 6. Nov. In der letzten Gemeinderatssitzung teilte der Vorsitzende mit, daß das Großkraftwerk A.-G. Württemberg, Sitz Ludwigsburg, ein Leitungsnetz des in Betracht kommenden Geländes auf hiesiger Markung begonnen habe, und auch bereits Holzschlängen im hiesigen Gemeindegelände vorgenommen wurden ohne vorherige Erlaubnis und ohne das Schultheißenamt zu verständigen. Nach Mitteilung des Forstamts wurden die Holzschlängerarbeiten zum großen Schaden der Gemeinde durchgeführt, da die Arbeit Nichtfachleuten überlassen war. Der Gemeinderat beschloß, gegen die Gesellschaft bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten, eine entsprechende Entschädigung zu verlangen und die Genehmigung des Leitungsnetzes bis zur Einreichung eines Bauplanes zu versagen.

Stuttg., 6. Nov. Die Ehrengedächtnisstätte der Gefallenen der württ. Regimenter auf dem Waldfriedhof wurde durch ein neues Ehrenmal bereichert, das die Angehörigen des Hohenzollerischen Fußartillerie-Regiments 18 bis 24 und des Württ. Fußartillerie-Bataillons 13 ihren gefallenen Kameraden errichtet hatten und das heute vormittag eingeweiht wurde.

Stuttg., 6. Nov. Die Sozialdemokratische Partei hat in einer in Reutlingen stattgefundenen Wahlkreisversammlung des 7. Wahlkreisverbandes die Aufstellung ihrer Kandidaten für die kommende Landtagswahl vorgenommen. Darnach wurde der bisherige Abg. Heymann wieder als Spitzenkandidat für alle 6 Oberämter Reutlingen, Tübingen, Münsingen, Urach, Nottensburg und Herrenberg aufgestellt. Für die Bezirke Reutlingen und Münsingen folgt als zweiter Kandidat Landwirt Fauser-Münsingen, für die Bezirke Nottensburg und Herrenberg Schreinermeister und Landwirt J. Mill-Bodelshausen, für den Bezirk Tübingen Parteisekretär Dreher-Stutt-

gart, im Bezirk Uraach Bürobeamter und Gemeinderat Joh. Zobel-Uraach. Auf die Landesliste sollen Landwirt Bauer-Dhmenhausen und Oberlehrer Karl Nais-Neutlingen gesetzt werden.

ECB. Ludwigsburg, 6. Nov. Der Gemeinderat beschloß, die Gasversorgung Neckarweihingen durchzuführen, und zwar unter Übernahme der Kosten des Ortsleitungsweges auf die Stadt. Einen Vertrag in diesem Sinne hat der Gemeinderat Neckarweihingen bereits unterzeichnet.

ECB. Vietigheim, 6. Nov. Die erst kürzlich von hier ins Badische verzogene Familie Segebrecht ist durch einen Unfall rasch in großes Leid versetzt worden. Auf der Heimfahrt von Miltenberg nach Wallbüren wurde Frau Segebrecht unglücklich und wollte im Zug ein Klosett aufsuchen. Als sie nach einiger Zeit nicht kam, sah ihr Mann nach ihr, konnte sie jedoch nirgends finden. Man fand dann die Bedauernswerte auf dem Bahngleis zwischen Weilbach und Amorbach mit schweren Verletzungen auf. Beim Ueberschreiten der Plattform hat die Unglückliche infolge einer Schwächean-

wandlung das Gleichgewicht verloren, stürzte hinunter und wurde ungefähr 70 Meter weit geschleift. Ein Arm wurde herausgerissen, der Kiefer gequetscht und außerdem hat sie noch Beine und Ferse verloren. Die Schwerverletzte befindet sich im Spital in Amorbach.

ECB. Neckarsulm, 6. Nov. Am Donnerstag nachmittag gegen 4 Uhr ist das Kleinflugzeug „D 1161“ der Luftwasa Böblingen bei der Engelbachmühle abgestürzt. Der Flugzeugführer, ein Schüler der Böblingen Flugschule, kam unverletzt davon. Das Flugzeug blieb in den Telegraphenstangen hängen, überschlug sich und der Führer konnte kopfüber 1 Meter über der Straße das defekte Flugzeug ohne Gefahr verlassen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.	
100 holl. Gulden.	168,03
100 franz. Franken	16,45
100 schweiz. Franken	80,84

Börsenbericht.
Die Börse lag am Wochenende schwach bei nachgegebenen Kursen.

Produktenbörse und Marktberichte
des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

L. C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 4. Nov.
Edelepfel 15-20; Tafeläpfel 10-15; Spalterbirnen 20 bis 28; Tafelbirnen 10-20; Nüssen 25-35; Walnüsse 30-40; Kartoffeln 4.50-5.50; Kopfsalat 6-12; Endviersalat 6 bis 15; Wirsing 5-6; Silberkraut 3-3.50; Rottkraut 5-6; Blumenkohl 20-30; Rosenkohl 15-25; dto. ein halbes Kilo 30; Rote Rüben 6-8; Gelbe Rüben 5-6; Karotten runde 7 bis 10; Zwiebel 8-12; Rettiche 3-7; Sellerie 10-30; Tomaten ein halbes Kilo 15-30; Schwarzwurzeln 30-35; Spinat 20 bis 25; Mangold 8-10; Kohlraben 4-6.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verzehrkosten in Zulag kommen. D. Schriftl.

Heute Abend Vortrag über die **Angestellten-Versicherung** im „Bad. Hof“ Classaal.

Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock für 1927

Die (Stadt-)Gemeinden werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist für die Einreichung der Gesuche um einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock für 1927 am 10. ds. Mts. abläuft. (Siehe die Bekanntmachung des Innen- und des Finanzministeriums vom 5. Oktober 1927 Staatsanzeiger Nr. 235).

Calw, den 5. November 1927.

Oberamt: Rippmann.

Calw, 7. November 1927.

Todes-Anzeige

†

In der Sonntagsfrühe ist gestern unsere unvergeßliche, gute Mutter und Großmutter

Marie Längft

geb. Wurster
heimgegangen.

In tiefer Trauer:
Berta Haug, Witwe, mit Kindern **Gertrud, Erika, Gerhard** und **Ilse**;
Albert Längft, Hauptlehrer in Klosterreichenbach, mit Frau **Sofie**, geb. Hornberger und Kindern **Elisbeth, Lore** und **Herbert**.

Beerdigung Dienstag 3 Uhr

Igelsloch, den 6. November 1927.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

David Bertsch

heute mittag um 12 Uhr, nach kurzem Leiden unerwartet schnell im Alter von 73 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
die Gattin: **Anna Maria Bertsch**;
Familie **Fr. Bertsch**, Igelsloch;
Fam. **David Bertsch**, Schwarzenberg;
Margarete Bertsch, Igelsloch.

Beerdigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Oberkollwangen, 5. November 1927.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter

Maria Züfle

Witwe
erfahren dürften, sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Die trauernden Kinder.

Für die kältere Jahreszeit empfehle ich in allen Größen gefrickte

Sweter, Westen und Pullover

Größe 1 = bis 3 Jahre alt
2.80, 2.95, 4.50, 5.50, 5.60, 6.10, 6.30

Größe 2 = bis 5 Jahre alt
3.40, 4.35, 4.90, 4.95, 6.45, 6.50, 6.80, 6.90, 7.20, 7.60

Größe 3 = bis 7 Jahre alt
3.80, 3.90, 4.80, 5.40, 6.80, 7.20, 7.50, 7.60, 7.95, 8.60

Größe 4 = bis 10 Jahre alt
5.25, 5.85, 7.25, 7.40, 8.00, 8.10, 8.30, 8.60, 8.70, 9.70

Größe 5 = bis 14 Jahre alt
5.85, 6.45, 6.70, 7.50, 8.00, 8.80, 8.85, 9.20, 9.60

Größe 6 = bis 17 Jahre alt
6.45, 8.00, 8.90, 9.60, 10.00, 10.50, 11.60

Größe 7 = für Erwachsene
7.00, 7.65, 8.80, 9.60, 10.50, 11.60, 12.15, 12.75, 13.20

Rübler-Sweter

in vielen Farben

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Zwangs-versteigerung.

Mittwoch, den 8. Nov. 1927 und folgende Tage jeweils nachm. 2 Uhr werde ich im

Pfandlokale Pforzheim
Defstliche **Karl Friedrichstraße 44** Hinterhaus gegen bare Zahlungen im Vollstreckungswege öffentlich versteigern.

Einen großen Posten **Galanteriewaren, Schaukelpferde, Puppen, Köpfe, Spielwaren, Spiele aller Art** und sonst noch verschiedenes.

Versteigerungen voraussichtlich bestimmt.
Imholz
Obergerichtsvollzieher

Suche

zirca Mt. 4000

Sicherheit erstklassig, und hoher Zins wird zugesichert. Diskretion Ehrensache.

Angebote unter **L. R. 260** an die Gesch.-St. ds. Bl.

Jeden Dienstag u. Freitag in der Zeit von 1/11 bis 12 Uhr werden

Rudelböden

abgegeben bei **Herrn Schnitzle** Eierteigwarengeschäft.



Schneeschuhverein Calw

Hauptversammlung

Dienstag, 8. November abends 8 Uhr im „Bürgerstübli“

Alle Freunde d. Schneelaufs sind willkommen.

Habe einige sehr gute u. äußerst billige

Geschäfts- u. verschiedene Privathäuser, sowie erstklassige Baupläge

in verschiedenen Gegenden zu verkaufen.

Alles nähere durch **Chr. Funk**, Immobilien-geschäft **Bad Liebenzell**.

Oberkollbach.
Schöne 5 Wochen alte



Milchschweine

verkauft **Gemeindepflege Stahl**.

Täglich frische Tafelbutter!

Fr. Lamparter

Eine bereits neue

Laden-Einrichtung

mit noch verschiedenen **Spezialartikeln** hat billig zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wer hat eine **gebrauchte**

Beige

gegen bar abzugeben. Angebote mit Preisangabe unter **E. C. 258** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sehr billig zu verkaufen:
2 neue dunkle Ueberzieher weil zu klein. Von wem, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Einige Hundert Wellen

Reis

verkauft **Phil. Böcher's Ww. Speßhardt**

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

Thomasmehl	Erdnußkuchenmehl
Rainit	Mais
Kalifalz	Maismehl
Ammoniak	Fischmehl
Kalkstickstoff	Weizen
Leinmehl	Gerste
Futterkalk	Düngkalk

Ausgabe Mittwochs und Samstags.
Die Geschäftsstelle.

Corsetten, Hüftengürtel, Reformleibchen, Büstenhalter, Hygia-Binden, Hygia-Windeln, Strümpfe, Socken

Emilie Herion, Calw.

Klavierstimmen u. Reparieren

schnell und sachmännlich bei billigster Berechnung durch **Piano-Haus Schmid & Buchwaldt**, gegr. 1868

Telefon 1613 **Pforzheim Poststraße 1.**
Unser Techniker ist z. Zt. in Calw und Umgebung anwesend und erbitten gefl. Aufträge an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Auf die Vorzüge Ihrer Waren

müssen Sie vor dem Markte Ihre Landkundschaft in einer Anzeige im „Calwer Tagblatt“ aufmerksam machen, wenn Sie nicht einen Teil derselben verlieren wollen.

Preiswerte Arbeitskleidung

Blaue Arbeitsanzüge	
aus gutem Haustuch	7.50
aus gutem Körper	9.50
aus gutem Pilot	12.—
aus schwerem Pilot	13.50
„Monteurfreund“	13.50
Gipsanzüge aus roh Tuch	8.—
aus schwerem Körper	10.50
Gipsblusen aus roh Tuch	5.—
Malerschenden aus roh Tuch	5.80
Arbeitsmäntel	7.50, 9.50, 9.90
blaue Schürzen	1.50
Mecherblusen	7.50, 8.—
Bäckerblusen	6.70, 7.20
Bäcker- und Kochhosen	6.50, 12.—
Motorradfahrer-Anzüge imprägniert	17.—, 21.—, 23.50, 26.—, 27.—

Verband nach auswärts unter Nachnahme von 20.— ab portofrei.

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

Haararbeiten

aller Art fertigt **S. Obermatt** Friseurgeschäft beim Adler, Telefon 240.